

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT	1
AUSWAHLBIBLIOGRAPHIE	5
Quellensammlungen, Überblicksdarstellungen, grundlegende Studien, Sammelbände	5
A. <u>WIRTSCHAFTSKRISE, SOZIALE LAGE UND DIE WIRTSCHAFTSPOLITIK DER REICHSREGIERUNG</u>	7
Einführung	7
Dokumente	
1. Daten zu den Wirkungen der Weltwirt- schaftskrise in einzelnen Bereichen	9
1.1. Die Landwirtschaft: Preisverfall für Agrarprodukte	9
1.2. Handwerk, Handel und Industrie: Ein- bußen bei Umsätzen, Gewinnen und Pro- duktion	9
1.3. Arbeiter: Lebensunterhalt erheblich gefährdet	9
1.4. Das Zeichen von Krise und Elend: Mas- senarbeitslosigkeit	9
2. Position und Forderungen der Industrie	10
3. "Sicherung der Volksernährung aus ei- gener Kraft und Scholle". Ein Aufruf des Reichslandbundes vom 29.7.1931	11
4. Großstadtkinder in Not. Ein Kölner Lehrer schildert diese Not aus Be- richten seiner Schüler, der Eltern und seiner Schule	12
Studientexte	
Ferdinand A. Das Kabinett Brüning und die Hermens, Depression	16
Werner Joch- Deflationspolitik und der Un- mann, tergang der Weimarer Republik	24
Auswahlbibliographie	37
B. <u>IDEOLOGISCHE UND PROGRAMMATISCHE VORAUS- SETZUNGEN</u>	38
Einführung	38
Dokumente	
1. Zur Ideologie der "Konservativen Revolution"	40

1.1.	Edgar J. Jung: Die Demokratie - die Herrschaft der Minderwertigen - muß überwunden werden	40
1.2.	Die Hoffnung auf ein "Drittes Reich". Arthur Moeller van den Bruck in seiner Widmung für Heinrich von Gleichen	48
2.	Die Berliner Botschaft des "Stahlhelm" vom 8.5.1927	51
3.	Zur Programmatik der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei	53
3.1.	Das Parteiprogramm von 1920	53
3.2.	Alfred Rosenberg: Einführung zum Programm der NSDAP (Auszüge)	56
4.	Zur Ideologie des Nationalsozialismus: Adolf Hitler "Mein Kampf" (Auszüge)	61
Studententexte		
Joachim H. Knoll,	Der autoritäre Staat. Konservative Ideologie und Staatstheorie am Ende der Weimarer Republik	68
Auswahlbibliographie		91
C.	<u>DER AUSSENPOLITISCHE REVISIONISMUS</u>	92
Einführung		92
Dokumente		
1.	Auszüge aus dem Vertrag von Versailles vom 28.6.1919	95
2.	Zusammenstellung der wichtigsten Bestimmungen des Young-Plans	99
3.	Volksbegehren und Volksentscheid gegen den Young-Plan: Gesetzentwurf, Aufrufe, Agitation der radikalen Rechten	104
3.1.	Erklärung des Reichsausschusses für das Volksbegehren vom 11.9.1929	104
3.2.	Sklaverei bedeutet der Pariser Tributplan! Aus einer Flugblattbeilage in der deutschnationalen Zeitung "Der Tag"	106
3.3.	Parolen in der Zeitung "Der Tag" für Volksbegehren und Volksentscheid	108
3.4.	Joseph Goebbels: Gegen die Young-Sklaverei	109

4.	Das Ende der Reparationen: Auszüge aus dem Vertrag zu Lausanne vom 9.7.1932	113
	Studientexte	
	Andreas Hillgruber, Unter dem Schatten von Versailles - Die außenpolitische Belastung der Weimarer Republik: Realität und Perzeption bei den Deutschen	115
	Auswahlbibliographie	132
D.	<u>PARTEIEN, PARTEIENSYSTEME UND PARLAMENTARISMUS IN DER KRISE</u>	133
	Einführung	133
	Dokumente	
1.	Ergebnisse der Wahlen zum Reichstag am 20.5.1928	136
2.	Aufzeichnung über die politischen Aufgaben des deutschen Bürgertums vom April 1929 (Auszug)	137
3.	Bericht des Reichsfinanzministers Moldenhauer (DVP) über den Rücktritt der Regierung Müller und die Bildung der Regierung Brüning (Auszüge)	140
4.	Bericht der "Deutschen Allgemeinen Zeitung" vom 8.8.1930 über das Scheitern der bürgerlichen Sammlungsbestrebungen	143
5.	Erklärung der SPD-Fraktion im Reichstag vom 18.10.1930 zu ihrer Tolerierungspolitik	145
6.	Ergebnisse der Wahlen zum Reichstag am 14.9.1930, am 31.7.1932 und am 6.11.1932	148
	Studientexte	
	Werner Conze, Die Krise des Parteienstaates in Deutschland 1929/30	149
	Karl Dietrich Bracher, Demokratie und Machtvakuum: Zum Problem des Parteienstaats in der Auflösung der Weimarer Republik	180
	Auswahlbibliographie	195

E. <u>STUFENWEISE DURCHBRECHUNG DES WEIMARER VERFASSUNGSSYSTEMS</u>	196
Einführung	196
Dokumente	
1. Auszüge aus der Weimarer Reichsverfassung vom 11.8.1919	199
2. Auszüge aus den Memoiren des Reichskanzlers Heinrich Brüning (Zentrum)	201
3. Ausformung des Präsidialsystems "gegen Parlament und Parteien": Die Zusammensetzung der Regierung von Papen, Juni 1932	205
4. Niederschrift über eine Regierungsbesprechung der Reichsregierung vom 11.7.1932 (Auszug)	206
5. Die Verordnungen des Reichspräsidenten vom 20.7.1932 (Staatsstreich in Preußen)	208
5.1. Verordnung über die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen	208
5.2. Verordnung über den militärischen Ausnahmezustand in Groß-Berlin und in der Provinz Brandenburg	209
6. Rede des Reichskanzlers von Papen am 12.10.1932 vor dem Bayerischen Industriellenverband über seine Verfassungsreformpläne (Auszug)	210
7. Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich (Ermächtigungsgesetz) vom 24.3.1933	212
Studientexte	
Hans Boldt, Der Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung. Sein historischer Hintergrund und seine politische Funktion	214
Auswahlbibliographie	230
F. <u>ZUR POLITISCHEN ORIENTIERUNG GESELLSCHAFTLICHER GRUPPEN AM ENDE DER WEIMARER REPUBLIK</u>	231
Einführung	231

Dokumente

1. Soziologische Struktur der NSDAP-Mitglieder vor 1933 234
2. Aufrufe und Erklärungen agrarischer und mittelständischer Organisationen 235
 - 2.1. Ein Nationalsozialist im Präsidium. Der Reichslandbund meldet 235
 - 2.2. "Reichs-Landbund begrüßt Systemwechsel" 235
 - 2.3. Bauernbündler treten zur NSDAP über 235
 - 2.4. Reichs-Landbund-Präsident Kalckreuth "unterm Hakenkreuz". Das "Berliner Tageblatt" berichtet 236
 - 2.5. Das Hakenkreuz als Bauernfahne? Ein Stimmungsbild aus Pommern von Gerhard Freiherr von König 236
 - 2.6. Auch Mittelständler orientieren sich um: "Flucht aus der Wirtschaftspartei" 238
 - 2.7. Aufruf zur "nationalen Sammlung" 238
 - 2.8. Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband beginnt sogar von von Papen und der DNVP abzurücken 239
3. Die konservative Kollaboration 239
 - 3.1. Hedda Eulenberg: Die "Gesellschaft" unterschätzt und unterstützt Hitler 239
 - 3.2. Entschließung der "Nationalen Front" in Bad Harzburg vom 11.10.1931 240
 - 3.3. Ein Testfall: 2. Wahlgang für das Amt des Reichspräsidenten am 10.4.1932. Die Entschließung des Reichslandbundes vom 22.3.1932 241
 - 3.4. Amtliche Mitteilung über die Ernennung der Regierung Hitler am 30.1.1933 242
4. Die Spaltung der Arbeiterbewegung: SPD und KPD zur Zeit der Regierung Brüning 242
 - 4.1. SPD: Wer ist der Hauptfeind? Eine Frage an alle Arbeiter (Auszug) 242
 - 4.2. KPD: Einheitsfront und "Einheitsfront" (Auszug) 244

Studientexte

Heinrich August Winkler, Extremismus der Mitte? Sozialgeschichtliche Aspekte

	der nationalsozialistischen Machtergreifung	246
André Fran- çois-Poncet,	Politische Verblendung und Potsdamer Komödie. Auszug aus den Erinnerungen	267
Niels Ka- dritzke,	Arbeiterbewegung und Fa- schismus. Warum die antifa- schistische Einheitsfront nicht zustande kam	273
Auswahlbibliographie		290
G. <u>DIE ROLLE DER INDUSTRIE BEI DER MACHTER- GREIFUNG</u>		291
Einführung		291
Dokumente		
1.	Auszüge aus der Diskussion der außer- ordentlichen Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Deutschen In- dustrie am 12.12.1929 in Berlin	294
2.	Schreiben Fritz Springorums an Tilo Frhr. von Wilmowsky vom 22.3.1932 (Auszug)	296
3.	Schreiben des ehemaligen Reichsbank- präsidenten Dr. Hjalmar Schacht an Adolf Hitler	297
4.	Bemühungen von Industrievertretern um eine Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten	299
4.1.	Schreiben Martin Blanks an den Gene- raldirektor der Gutehoffnungshütte, Paul Reusch, vom 3.9.1932 (Auszug)	299
4.2.	Gleichlautende Eingabe führender Per- sönlichkeiten aus Wirtschaft und In- dustrie sowie großagrarischer Kreise an Reichspräsident von Hindenburg, Mitte November 1932	300
5.	Schreiben des Vorsitzenden des Reichs- verbandes der Deutschen Industrie, Krupp von Bohlen und Halbach, an Reichskanzler Hitler vom 24.3.1933	301
Studententexte		
Henry A. Turner,	Verhalten die "Monopolkapi- talisten" Hitler zur Macht?	302

Dirk Stegmann, Kapitalismus und Faschismus in Deutschland 1929-1934. Thesen und Materialien zur Restituierung des Primats der Großindustrie zwischen Weltwirtschaftskrise und beginnender Rüstungskonjunktur	321
Auswahlbibliographie	348
H. <u>DIE LEGALISIERUNG DES TERRORS</u>	349
Einführung	349
Dokumente	
1. Politischer Terror vor der Machtübernahme	352
1.1. Polizeibericht vom 10.8.1932 über den Mord in Potempa	352
1.2. Aus der Chronik des "Berliner Tageblatts" über politischen Terror im Januar 1933	352
2. Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4.2.1933 (Auszug)	355
3. Vom nationalsozialistischen Terror zum staatlichen Terror	357
3.1. Runderlaß des Preußischen Ministers des Innern (Kommissar des Reichs) an die Oberpräsidenten und alle Polizeibehörden vom 10.2.1933	357
3.2. Runderlaß des Preußischen Ministers des Innern (Kommissar des Reichs) an alle Polizeibehörden vom 17.2.1933 zur Förderung der nationalen Bewegung ("Schießerlaß")	358
3.3. Erlaß des Preußischen Ministers des Innern (Kommissar des Reichs) über die Einberufung und Verwendung von Hilfspolizei vom 22.2.1933	359
3.4. Auszug aus der Rede Hermann Görings in Essen am 11.3.1933	360
4. Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28.2.1933 (Reichstagsbrandverordnung)	361
5. Errichtung und Einsatz des Terrorapparates: Geheime Staatspolizei und Konzentrationslager	362

5.1. Gesetz über die Errichtung eines Geheimen Staatspolizeiamtes vom 26.4.1933	362
5.2. Rudolf Diels, der erste Chef der Gestapo, berichtet über die ersten Konzentrationslager und über Mißhandlungen in einem SA-Lager im Frühjahr 1933	363
5.3. Die Mitwirkung der Justiz: Landesgerichtspräsident Dr. Dietrich im Juni 1933	364
5.4. Ein Verzeichnis der "frühen" Konzentrationslager	364
5.5. Auszüge aus der Verordnung des württembergischen Innenministeriums über Schutzhaft vom 21.4.1933	365
5.6. Mitteilung des Amtlichen Preußischen Pressedienstes vom 20.4.1934	367

Studientexte

Thilo Vogel- sang,	Zu den Anfängen der Verfolgung im Dritten Reich (Februar - April 1933). Ein Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte	368
Gerhard Schulz,	Polizeigewalt, Terroraktionen und Geheime Staatspolizei	372
Auswahlbibliographie		411

I. AUSSCHALTUNG DER POLITISCHEN OPPOSITION 412

Einführung	412
------------	-----

Dokumente

1. Reaktionen von KPD und SPD auf die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler	415
1.1. Aufruf der KPD zum Generalstreik vom 30.1.1933 (Auszug)	415
1.2. Aufruf des Vorstandes und der Reichstagsfraktion der SPD vom 30.1.1933	416
2. "Im Kampf gegen die Kommune ist... jedes Mittel recht". Maßnahmen gegen die KPD	417
2.1. Anweisungen an alle Polizeiverwaltungen in Thüringen vom 28.2.1933	417
2.2. Telegramm des preußischen Innenministers Göring an alle preußischen Regierungspräsidenten vom 11.3.1933	417
2.3. Schreiben des Regierungspräsidenten	

	von Hannover an den preußischen Innenminister vom 26.3.1933 über die Inhaftierung kommunistischer Funktionäre.	417
2.4.	Gesetz über die Einziehung kommunistischen Vermögens vom 26.3.1933 (Auszug)	418
3.	Reichstagsrede des SPD-Vorsitzenden Otto Wels am 23.3.1933 (Auszug)	419
4.	Die Zerschlagung der Gewerkschaften	421
4.1.	Erklärung des Bundesvorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an die Reichsregierung vom 9.4.1933	421
4.2.	Gesetz über die Einführung eines Feiertags der nationalen Arbeit vom 10.4.1933	422
4.3.	Tagebuchaufzeichnungen von Goebbels über die Gewerkschaften und die geplanten Maßnahmen	422
4.4.	Rundschreiben des Stabsleiters der Politischen Organisation der NSDAP vom 21.4.1933 zur Gleichschaltungsaktion gegen die Freien Gewerkschaften (Auszug)	423
4.5.	Weisung des Preußischen Innenministers und Pressemitteilung über die Besetzung der Gewerkschaftshäuser vom 2.5.1933	424
5.	Das Ende der SPD: Betätigungsverbot und Unterdrückung	425
	Studententexte	
	Erich Matthias, Der Untergang der alten Sozialdemokratie 1933	427
	Auswahlbibliographie	458
J.	<u>DIE GLEICHSCHALTUNG VON STAAT UND GESELLSCHAFT</u>	459
	Einführung	459
	Dokumente	
1.	Aus der Rede von Goebbels vor der Presse am 15.2.1933 über die Errichtung des Reichspropagandaministeriums	462
2.	Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7.4.1933 (Auszug)	464
3.	Zweites Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich (Reichsstatthaltergesetz) vom 7.4.1933	467

4.	Reglementierung der Arbeiter: "Deutsche Arbeitsfront" und "Betriebsgemeinschaft"	468
4.1.	Aus der Rede Hitlers vor dem ersten Kongreß der Deutschen Arbeitsfront am 10.5.1933	468
4.2.	Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20.1.1934 (Auszüge)	470
5.	Die Landwirtschaft: Blut- und Boden-Ideologie und "Reichsnährstand"	474
5.1.	Die Präambel des Reichserbhofgesetzes vom 29.9.1933	474
5.2.	Erste Verordnung über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes vom 8.12.1933 (Auszug)	474
6.	Die Kirchen nach der Machtergreifung	477
6.1.	Die katholische Kirche: Kundgebung der Fuldaer Bischofskonferenz vom 28.3.1933	477
6.2.	Die evangelische Kirche: Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Geistlichen und Kirchenbeamten vom 6.9.1933 (Auszüge)	478
6.3.	Die "Deutschen Christen": Entschließung der Großveranstaltung im Berliner Sportpalast vom 13.11.1933	479
7.	Eine Partei, kein Recht, aber ein unumschränkter "Führer"	480
7.1.	Gesetz gegen die Neubildung von Parteien von 14.7.1933	480
7.2.	Gesetz über Maßnahmen der Staatsnotwehr vom 3.7.1934	481
7.3.	Gesetz über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reichs vom 1.8.1934	481
7.4.	Gesetz über die Vereidigung der Beamten und der Soldaten der Wehrmacht vom 20.8.1934 (Auszug)	481
Studientexte		
Karl Dietrich Bracher,	Zur Gleichschaltung von Staat und Gesellschaft	482
Auswahlbibliographie		505
ANHANG		506
Quellennachweis der abgedruckten Dokumente und Studientexte		506